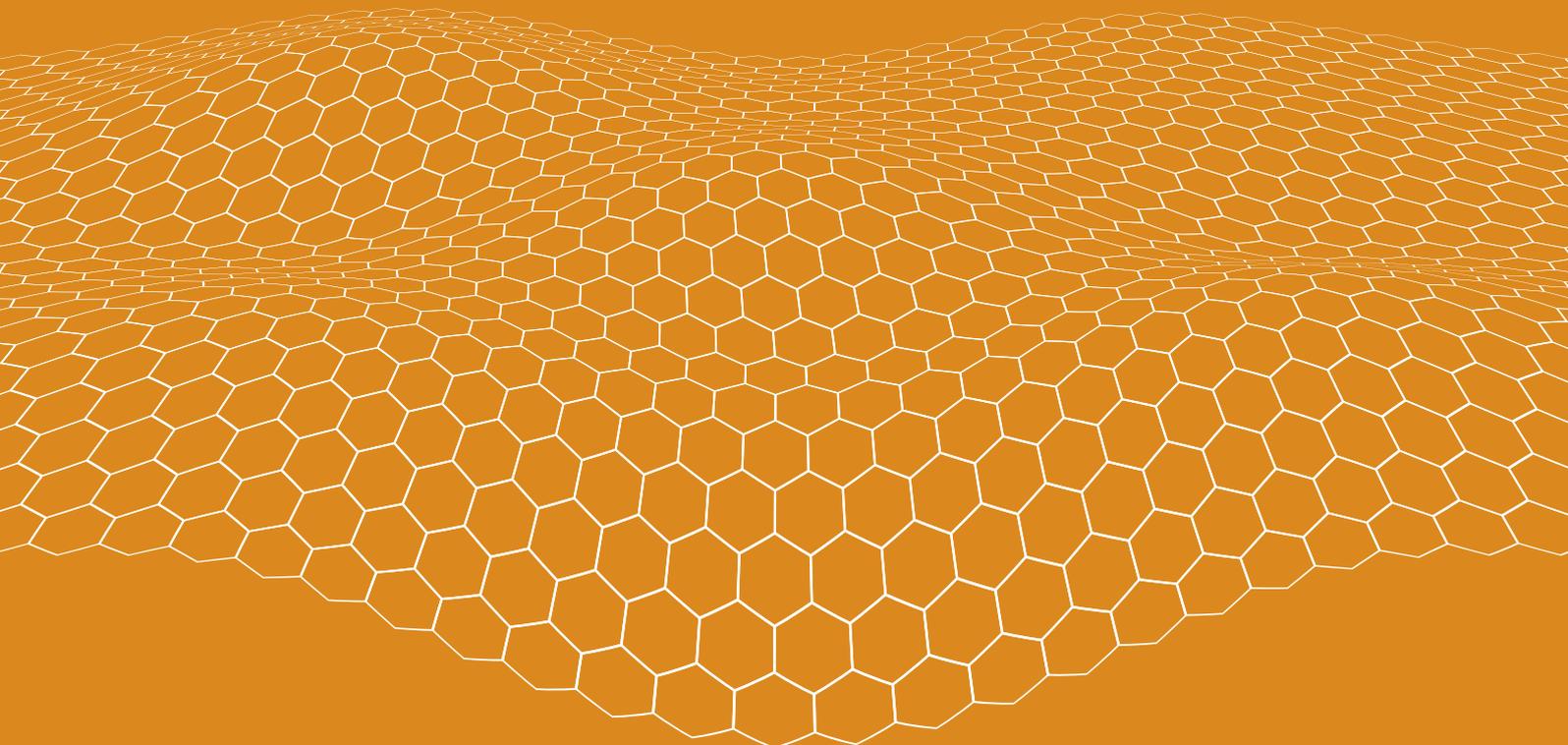




POSITIONSPAPIER ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

20. Legislaturperiode

Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V.





Michael Gilka
Dipl. Betriebswirt
Hauptgeschäftsführer



Dirk Stauf
Rechtsanwalt
Syndikusrechtsanwalt
Geschäftsführer

➔ Wer ist die BVMB?

Die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) setzt sich für die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen der mittelständischen Bauwirtschaft in Deutschland ein. Zu den Hauptaufgaben des tarifpolitisch unabhängigen Wirtschaftsverbandes zählen die Information, Beratung und Interessenvertretung der mittelständischen Bauwirtschaft gegenüber Auftraggebern, Verwaltung und Politik.

Bei den BVMB-Mitgliedern handelt es sich um hoch qualifizierte, häufig besonders spezialisierte und in vielen Sparten tätige Bauunternehmen. Sie erwirtschaften jährlich rund 30 Milliarden Euro Umsatz und beschäftigen rund 250.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der gemeinsame Nenner der Unternehmen ist eine mittelständisch ausgeprägte Marktstellung und ein umfangreiches Leistungsspektrum im Wohnungs-, Wirtschafts- und öffentlichen Bau (Hoch-, Verkehrswege- und sonstiger Tiefbau).

Ziele

- Stärkung und Ausbau regionaler und überregionaler mittelständischer Strukturen als Rückgrat der deutschen Bauwirtschaft
- Faire Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen in Bauausschreibungen und in Public Private Partnership-Projekten (ÖPP), die dem Mittelstand die Möglichkeit bieten, Projekte als Hauptunternehmer zu realisieren
- Verlässliche, planbare und langfristige Bereitstellung von ausreichenden Investitionsmitteln, um eine bedarfsgerechte Infrastruktur sicherzustellen
- Förderung und Unterstützung der Digitalisierung der Bauwirtschaft und von Building Information Modeling (BIM)
- Verbesserung der Rahmenbedingungen und Bürokratieabbau, um Kapazitäten der Bauunternehmen zu optimieren
- Gewinnung, Stärkung und Sicherung der Fachkräfte für die Bauwirtschaft

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Mittelstand ist eine wesentliche Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstandes in Deutschland. Er ist Jobmotor und innovativ. In Krisenzeiten ist er stabil, trägt Verantwortung und sichert Beschäftigung. Mittelständische Unternehmen sind seit Jahrzehnten eine tragende Säule des deutschen Erfolgsmodells. Das gilt auch für die deutsche Bauwirtschaft, die eine der stärksten mittelständischen Branchen in Deutschland ist und derzeit in der Pandemie eine maßgebliche Konjunkturstütze.

Die mittelständische Bauwirtschaft sorgt mit ihren flexiblen Strukturen und Innovationen für einen breiten und effizienten Bauleistungswettbewerb in Deutschland, der öffentlichen wie privaten Auftraggebern sowie dem Steuerzahler zugutekommt. Sie verfügt über eine überragende Kompetenz im Planen, Bauen und dem Erhalt von Bauprojekten aller Größenordnungen. Durch das Know-How für alle technischen Fachgewerke und die hierzu erforderlichen Präqualifikationen kann sie auch große Lose qualifiziert, innovativ, qualitäts- und termingerecht ausführen - und das mindestens genauso schnell wie Großkonzerne.

Darüber hinaus beschäftigt der Mittelstand über viele Jahre Stammarbeitskräfte in festen und fairen Arbeitsverträgen bei geringer Fluktuation und bildet intensiv in allen Arbeitsbereichen der Bauwirtschaft bei gleichzeitiger Förderung des Nachwuchses aus. Dies erfolgt im Rahmen dualer Studiengänge oder der gewerblichen Facharbeiterausbildung. Darin drückt sich auch ihre hohe soziale Kompetenz und das Verantwortungsbewusstsein für ihre Belegschaft und die Branche aus.

Die deutsche Bauwirtschaft spielt auch in Zukunft eine bedeutende Rolle bei der Erreichung der Klimaziele in Deutschland. So wird der Gebäudesektor über eine höhere Energieeffizienz einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen. Gleichzeitig muss die Infrastruktur von umweltschonenden Verkehrsträgern wie der Schiene und der Wasserstraße leistungsfähig ausgebaut, bewährte und nicht verzichtbare Infrastruktur wie die Straße optimiert und instandgehalten sowie klug auf neue Bedürfnisse angepasst werden. All dies wird nicht ohne die deutsche mittelständische Bauwirtschaft gelingen.

Der Erhalt und die Weiterentwicklung der mittelständischen Wirtschaftsstrukturen im Baubereich erfordern deshalb verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen durch die Politik.

Ihr

Martin Steinbrecher
Präsident der BVMB



“

Die Bauwirtschaft hat mit ihren rund zwei Millionen Beschäftigten und knapp 400 Milliarden Bauvolumen pro Jahr eine sehr hohe Bedeutung für die Konjunktur, das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt in Deutschland.

Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer

”

Positionen zu einer verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten Bau- und Wirtschaftspolitik für den Mittelstand

Die Forderungen der mittelständischen Bauwirtschaft im Überblick:

1. Investitionen in Verkehrsinfrastruktur stärken
2. Stärken jedes Verkehrsträgers ausbauen
3. Mittelstandsfeindliche ÖPP-Projekte im Bundesfernstraßenbau stoppen
4. Wohnungsbau fördern – Kommunen stärken
5. Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen
6. Bürokratieabbau
7. Umweltschutz – erfüllbare und transparente Regelungen entwickeln
8. Effizienteres Wirtschaften ermöglichen
9. Glasfaser- und Mobilfunknetz ausbauen
10. Arbeitszeitgesetz – Flexibilisierung und Anpassung an EU-Richtlinie
11. Fachkräfte gewinnen – Rahmenbedingungen verbessern und zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen
12. Keine Ausweitung der Wertgrenzen für freihändige Vergaben
13. Nationale Interessen bei Ausschreibungen stärken
14. Bauvertragsrecht reformieren
15. AGB-Recht – Inhaltskontrolle im B2B-Bereich beibehalten
16. Wirtschaftswachstum sichert Staatseinnahmen
17. Kommunalfinanzierung stärken
18. Steuerpolitik ist Standortpolitik
19. Steuererhöhungen gefährden den Wirtschaftsstandort



Dazu fordern wir in folgenden Bereichen:

INVESTITIONEN...

1. ...in Verkehrsinfrastruktur stärken

Die Erhöhung und Verstetigung des Investitionsniveaus für Infrastruktur ist zur Einhaltung von Klimaschutzziele erforderlich. Die Investitionslinie in die Bundesverkehrswege muss sich – insbesondere vor dem Hintergrund des enormen Sanierungs- und Modernisierungstaus – ausgehend von dem Niveau in Höhe von jährlich mindestens 18 Mrd. € auch über das Jahr 2022 hinaus verstetigen und erweitern. Der Neu- und Ausbau der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße muss intensiviert werden.

2. Stärken jedes Verkehrsträgers ausbauen

Die Verkehrsträger dürfen nicht finanziell gegeneinander ausgespielt werden. Die individuellen Stärken jedes Verkehrsträgers müssen zur Bewältigung des stetig wachsenden Verkehrs genutzt werden. Die Straße wird auch in Zukunft einer der Hauptverkehrsträger für Güter und Personen bleiben.

3. Mittelstandsfreundliche ÖPP-Projekte im Bundesfernstraßenbau stoppen

Eine mittelstandsgerechte Ausgestaltung von ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau ist nicht möglich. Haushaltsmittel dürfen nicht durch privates Kapital gekürzt werden, denn niemand finanziert so günstig wie die Öffentliche Hand. Sowohl der Bundes- als auch der Europäische Rechnungshof negieren die Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau. Erforderlich ist die konsequente Trennung der Finanzierung und des Betriebes vom Bau der Verkehrsinfrastruktur. ÖPP im Bundesfernstraßenbau führt zu Oligopolen weniger ausländischer Konzerne und letztendlich zur Privatisierung der Fernstraßen.

4. Wohnungsbau fördern – Kommunen stärken

Die Programme zur Sonderabschreibung im Wohnungsbau setzen Anreize zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums. Die Sonderabschreibungsmöglichkeiten sind auszuweiten und zu verlängern. Ein Mietendeckel behindert Investitionen und steht der Schaffung weiteren Wohnraums entgegen. Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau sind unter Berücksichtigung der Baulandpreis- und Baukostenentwicklungen zu erhöhen.

Die Schaffung von Wohneigentum von jungen Familien ist über die Fortführung des Baukindergeldes wie auch eine Senkung der Grunderwerbsteuer zu fördern. Die Schaffung neuer Baugebiete und eine Verdichtung darf nicht durch die Ausweitung von Umwelt- und Lärmschutzvorschriften erschwert werden.

Der Bund muss finanzschwache bzw. durch die Coronakrise beeinträchtigte Kommunen maßgeblich und dauerhaft über effektive Förderprogramme entlasten, damit der Investitionsstau beim Erhalt der Infrastruktur nicht weiter anwächst.

RAHMENBEDINGUNGEN

5. Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Das Planungsrecht mit seinen komplexen Genehmigungsverfahren beschränkt Innovationen und Investitionen. Die eingeführten Gesetze zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sind fortzuschreiben und zu ergänzen. Die materielle Präklusion ist zu verstärken, das Verbandsklagerecht zu beschränken, gesetzliche Stichtagsregelungen einzuführen, Planungskapazitäten in der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und die Prozesse zu digitalisieren. Die Genehmigungsverfahren für Transporte sind zu vereinfachen und zu zentralisieren.

6. Bürokratieabbau

Der Bürokratieabbau ist im Interesse einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Bauwirtschaft tatsächlich umzusetzen. Eine zusätzliche Bürokratisierung wie durch das Lieferkettengesetz oder das „Unternehmenssanktionengesetz“ belastet mittelständische Bauunternehmen unangemessen, ohne effektive Wirkung zu haben.

Die Rahmenbedingungen für die Etablierung von Innovationen, z. B. innovative Bauverfahren und Produkte, müssen entbürokratisiert und beschleunigt werden.

7. Umweltschutz – erfüllbare und transparente Regelungen entwickeln

Das Klimaschutzgesetz ist sowohl ein bedeutender Motor für die Umsetzung der Klimaschutzziele wie auch für die Bauwirtschaft. Die Dekarbonisierung der Wirtschaft ist in einer tragbaren Weise für die mittelständische Bauwirtschaft zu gestalten, indem die Belastungen u. a. aus der EEG-Umlage reduziert werden.

In der Mantelverordnung sind Regelungen zu den Ersatzbaustoffen aufzunehmen, um den verstärkten Einsatz von Recyclingbaustoffen zu ermöglichen. Nur ein umfassender Stoffkreislauf im Baubereich entlastet angespannte Depo-niekapazitäten und reduziert damit Baupreissteigerungen.

DIGITALISIERUNG

8. Effizienteres Wirtschaften ermöglichen

Digitalisierung ist das Fundament für ein effizienteres Wirtschaften. Dies gilt auch für die Bauwirtschaft, die mit fortschreitender Digitalisierung nennenswerte Produktivitätszuwächse zu erwarten hat. Nicht zuletzt hat die Coronapandemie gezeigt, welche Schwächen bei der Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsprozessen noch vorhanden sind.

Die Schnittstellen zwischen den öffentlichen Auftraggebern und der Bauwirtschaft, von der Planung über die Vergabe bis zur Bauabwicklung, sind zu digitalisieren. Digitale Baugenehmigungsverfahren müssen flächendeckend und möglichst einheitlich eingeführt werden.

9. Glasfaser- und Mobilfunknetz ausbauen

Dringend notwendig ist zum einen der Ausbau des Glasfasernetzes, welches die Grundlage für die Nutzung bandbreiteintensiver Anwendungen darstellt. Vor allem aber ist eine flächendeckende Netzabdeckung im Mobilfunk mit möglichst hohen Reaktions- und Übertragungsgeschwindigkeiten entscheidend. Eine flächendeckende und hochwertige Breitbandversorgung und Mobilfunk ist Voraussetzung für die Digitalisierung der Baustellen.

ARBEIT

10. Arbeitszeitgesetz – Flexibilisierung und Anpassung an EU-Richtlinie

Die täglichen Höchstarbeitszeiten in einer modernen, digitalen Arbeitswelt sind nicht mehr zeitgemäß und müssen flexibler gestaltet werden können. Entsprechend der europäischen Arbeitszeitrichtlinie sollen die wöchentlichen Höchstarbeitszeiten anstelle täglicher Arbeitszeiten für tarifgebundene und tarifungebundene Unternehmen gelten.

11. Fachkräfte gewinnen – Rahmenbedingungen verbessern und zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen

Der Fachkräftemangel im Bau gefährdet den Erhalt und den Ausbau unserer Infrastruktur und damit die Gesamtwirtschaft. Die Attraktivität der Bauberufe muss durch adäquate und verlässliche Rahmenbedingungen gestärkt werden. Unternehmen müssen Anreize für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze durch die Fortsetzung und Erweiterung des Ausbildungsplatzförderungsprogrammes mit der Ausbildungsprämie und der Unterstützung der dualen Ausbildung gegeben werden.

Investitionen in berufsbegleitende Bildung, wie ein kostenloser Meisterbrief, sind verstärkt zu fördern. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist auf die besonderen Bedürfnisse der Bauwirtschaft nach zusätzlichen gewerblichen Arbeitnehmern zuzuschneiden.

BAU- und VERGABERECHT

12. Keine Ausweitung der Wertgrenzen für freihändige Vergaben

Die Vergabeart der öffentlichen Ausschreibung sichert einen fairen und breiten Wettbewerb. Die dauerhafte Erhöhung von Wertgrenzen für freihändige Vergaben schränkt den Wettbewerb langfristig ein und fördert eine Missbrauchsgefahr.

13. Nationale Interessen bei Ausschreibungen stärken

Das Vergaberecht ermöglicht durch die zielgerichtete Festlegung des Beschaffungsbedarfs und der Eignungskriterien den Schutz vor Qualitäts- und Preisdumping-Angeboten. Durch die Sicherung mittelständischer Strukturen wird die regionale Wirtschaft gestärkt und die nationale Versorgung gesichert.

Das Gebot der vorrangigen Berücksichtigung mittelständischer Interessen im Vergabeverfahren darf nicht aufgegeben werden.

14. Bauvertragsrecht reformieren

Das 2018 eingeführte Bauvertragsrecht im BGB ist nicht praxisgerecht. Die gesetzlichen Regelungen sind zu evaluieren und im Hinblick auf die Anordnungsrechte, bauzeitlichen Ansprüche und die freie Wahlfreiheit zur kalkulatorischen Preisfortschreibung anzupassen.

15. AGB-Recht – Inhaltskontrolle im B2B-Bereich beibehalten

Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen schützt insbesondere auch mittelständische Unternehmen vor marktmächtigen Vertragspartnern und gibt seit Jahrzehnten einen verlässlichen und ausgewogenen Rechtsrahmen vor. Die Aufgabe der AGB-Inhaltskontrolle bei Verträgen zwischen Unternehmen bevorzugt Konzerne und gefährdet kleine und mittelständische Unternehmen bei der Durchsetzung fairer Vertragsbedingungen.

STEUERN

16. Wirtschaftswachstum sichert Staatseinnahmen

Die neue zusätzliche Verschuldung durch die Corona-Pandemie darf nicht durch Steuererhöhungen, sondern muss durch Wirtschaftswachstum zurückgeführt werden. Gleichzeitig muss ein besonderer Fokus auf die Sicherstellung und Stabilisierung der Kommunalfinanzierung in Deutschland gelegt werden, aus der u. a. auch für den Mittelstand wichtige öffentliche Aufträge generiert werden.

17. Kommunalfinanzierung stärken

Eine Reform der Kommunalfinanzierung ist zwingend notwendig. Dazu gehört eine Abschaffung der Gewerbesteuer, die, wie sich in der Pandemie wieder gezeigt hat, stark volatil und anfällig für Krisen ist. Die Kommunalfinanzierung muss deshalb rechtssicher, aufkommensneutral und stabil zukunftsfähig gemacht werden.

18. Steuerpolitik ist Standortpolitik

Deutschland braucht eine investitionsfreundliche Steuerpolitik. Deshalb muss die im internationalen Vergleich in Deutschland viel zu hohe Unternehmenssteuerbelastung in der kommenden Legislaturperiode auf 25 % gesenkt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit von den in Deutschland ansässigen Unternehmen und den Standort Deutschland zu stärken. Gleichzeitig muss das Unternehmenssteuerrecht modernisiert und eine einheitliche Unternehmenssteuer geschaffen werden, um mit Wirtschaftswachstum die Transformation mit Blick auf die Megathemen Digitalisierung und Klimaschutz in Deutschland voranzutreiben.

19. Steuererhöhungen gefährden den Wirtschaftsstandort

Steuererhöhungen verhindern Innovationen und Wirtschaftswachstum und damit den Klimaschutz. Auch die Einführung einer Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer schaden dem Standort Deutschland, weil sie gerade dem Mittelstand wichtiges Investitionskapital entziehen, welches richtig investiert, ein Vielfaches dieser Steuern generiert.



Herausgeber
Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e. V.

© 2021
Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e. V. (BVMB)
Kaiserplatz 3, 53113 Bonn
Tel.: 0228 91185-0
info@bvmb.de
www.bvmb.de

Verantwortliche Redakteure i. S. d. P.:
Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer
und
Dirk Stauf, Geschäftsführer Recht

Bildnachweise
Cover: Easedale / Pixabay u. Starline / Freepik
Seite 1: KarlHeinz / stock.adobe.com
Seite 3: BCFC / shutterstock.com;
Seite 4: ESB Professional / shutterstock.com;
Rückseite: Thibaud FRERE / Pixabay